

# Atomkonsens ist Nonsens

## – Vorsicht Falle –

Seit Dezember '92 ist er groß im Gespräch, der energiepolitische Konsens über den weiteren Betrieb von Atomkraftwerken. Die Chefs zweier Atomstromkonzerne, Gieseke(RWE) und Piltz(VEBA) hatten mit Ministerpräsident Schröder (SPD/Niedersachsen) ein Papier ausgekugelt, das ein absehbares Ende der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomkraft zu versprechen schien. So wurde es wenigstens in der Öffentlichkeit verkauft.

Heute, am 26. Februar richtet das grüne Umweltdezernat in Frankfurt eine Veranstaltung mit dem Titel "Energiepolitische Verständigungsaufgaben" aus. Eingeladen sind über 120 als bedeutend betrachtete Personen mit dem Ziel "die Vielzahl der Vorstellungen über 'Verständigung' in der Energiepolitik zu diskutieren."

Nur, über was soll da eine Verständigung erreicht werden? Über den Ausstieg aus der Atomkraft? Das dies nicht das Ziel sein kann, zeigt schon ein Blick in das Programm, denn dort ist davon nicht einmal ansatzweise die Rede. Beabsichtigt ist lediglich die "'Erfindung' von Verfahren für einen angemessenen Umgang mit gesellschaftlichen Kontroversen". D.h. es soll ein Weg "erfunden" werden, auf dem das öffentliche Aufeinandertreffen unvereinbarer Interessengegensätze vermieden wird. Dies ist aber der Fall, wenn nur am Profit orientierte Konzerne auf der gefährlichen und unverantwortlichen Anwendung von Atomkraft beharren, während die Bevölkerung nicht bereit ist, sich diesem Risiko auszusetzen.

Wem nutzen dann aber solche Veranstaltungen? Es ist kaum damit zu rechnen, daß hier endlich nach Jahrzehnten Atommafiosi das verantwortungslose ihre Treibens einsehen werden. Es war in der Vergangenheit ein (bis auf minimale Ausnahmen) aussichtsloses Unterfangen, sie überzeugen zu wollen und dies hat sich auch nicht geändert. Es geht wohl eher darum, den bestehenden, manifesten Interessengegensatz auf eine "Kontroverse" unter ExpertInnen herunter zu kochen und ihm damit seine gesellschaftliche Brisanz zu nehmen. Gleichzeitig sollen atomkraftkritische ExpertInnen in einen Dialog mit den Mächtigen eingebunden werden.

Damit feiert auch eine Forderung der Atommafia aus den siebziger Jahren seine fröhliche Wiederauferstehung, nämlich daß über Atomkraft lediglich Experten zu diskutieren hätten, da das gemeine Volk eh' zu blöd sei, einem derart

komplexen Thema gerecht zu werden. Dazu paßt auch, daß AtomkraftgegnerInnen aus Bls vom Veranstalter nicht zugelassen und damit kritische Öffentlichkeit ausgeschlossen werden sollte. Schon deshalb kann eine derartige Veranstaltung nicht dazu beitragen, dem Ziel der Stilllegung aller Atomanlagen näher zu kommen.

Ohnehin ist fraglich, ob dies das Ziel der VeranstalterInnen ist. Die praktische Politik und die Äußerungen diverser rot-grüner PolitikerInnen erwecken nicht den Eindruck, als ob sie gegen alle Atomanlagen vorgehen wollten.

Der Hintergrund, vor dem sich diese Veranstaltung abspielt, die Schröder-Gieseke-Piltz-Gespräche halten auch nicht, was ihre erste euphorische Darstellung zu versprechen schien. Denn die scheinbaren Ausstiegsangebote hatten nichts grundlegend Neues. Schon seit längerer Zeit war von Teilen der Stromkonzerne betont worden, daß neue AKWs nur vor dem Hintergrund eines sogenannten "gesellschaftlichen Konsens" gebaut werden würden, da ihnen sonst das Kostenrisiko möglicher Nachrüstungen zu groß sei. So boten sie nichts an, was nicht ohnehin schon verloren war, um damit den Weiterbetrieb ihrer bestehenden Anlagen für Jahrzehnte zu sichern. Darüberhinaus rücken Piltz und Gieseke inzwischen von ihren Scheinangeboten immer mehr ab.

Es darf keine Verhandlungen zwischen AtomkraftgegnerInnen und der Atommafia über einen Atom-Konsens geben, denn jeder Tag, den AKWs in Betrieb sind, bedeutet einen Tag, an dem ein Super-GAU geschehen kann. Ein sich Einlassen auf derartige Verhandlungen aus einer vorgeblichen Verantwortungsethik heraus bedeutet, sich auf die Erpressungen der Atommafia mit dem Super-GAU einzulassen. Bedeutet die unverantwortliche Bereitschaft, seine Möglichkeit auf Jahrzehnte hin festzuschreiben.

Der Kern der fehlenden Akzeptanz der Atomkraft ist nicht die mangelnde Kommunikation, sondern die Gefahr des Super-GAUs. Deshalb wird es immer Widerstand gegen die Nutzung der Atomkraft geben. Dies ist durch kein Konsensgespräch und keine Verhandlung, auch wenn sie noch so geschickt verkauft wird, zu überdecken. Es wird nicht zur atomaren Friedhofsruhe kommen, die sich die Atommafia wünscht. Widerstand statt Verständigung ist und bleibt angesagt.

Graben wir die Streitaxt aus!

## Stilllegung aller Atomanlagen – Jetzt!

Anti-Atom-Plenum Hessen/Baden



Pressemitteilung 26.02.1993

**Mit Saxophon und Mausefalle im Kaisersaal - "Streitaxt ausgegraben,  
Atomkonsens gestört"**

AtomkraftgegnerInnen aus Frankfurt, Darmstadt und Karlsruhe, die sich mit einigen anderen Städtegruppen in einem "Anti-Atom-Plenum Hessen-Baden" zusammengeschlossen haben, haben den Auftakt einer Diskussionsveranstaltung im Frankfurter Rathaus gestört. Die Veranstaltung, an der neben den Ministern Fischer (Hessen) und Schäfer (Baden-Württemberg) über hundert Vertreter von Politik und Industrie teilnehmen wollten, sollte die möglichen Grundlagen eines neuen Energiekonsenses zum Thema haben. Stattdessen ertönte zu Livemusik aus einem Saxophon die Erklärung, man werde "die Streitaxt ausgraben".

Schon vor dem Tor des Rathauses hatten die AtomkraftgegnerInnen Dutzende von Mausefallen aufgestellt und mit einem Transparent erklärt, bei einem sogenannten Atomkonsens handele es sich um eine gefährliche Falle. Sie erklärten weiter: "Es darf keine Verhandlungen zwischen AtomkraftgegnerInnen und Atomindustrie über einen Atomkonsens geben, denn jeder Tag, den Atomkraftwerke in Betrieb sind, bedeutet einen Tag, an dem der Super-GAU passieren kann. Ein Einlassen auf diese Verhandlungen ist die unverantwortliche Bereitschaft, diese Gefahr auf Jahrzehnte festzuschreiben. Die Ursache der fehlenden Akzeptanz der Atomkraft ist nicht mangelnde Kommunikation, sondern die Gefahr des Super-GAU.

Es geht auch der Frankfurter Veranstaltung darum, den Interessengegensatz zwischen Atomkonzernen und Bevölkerung auf eine Expertendiskussion zu reduzieren, um damit der atomaren Bedrohung ihre gesellschaftliche Brisanz zu nehmen. Damit wird auch wieder die Forderung der Atomindustrie aus den 70er Jahren wiederaufgegriffen, das Atomthema sei nur unter Experten diskutierbar."

Nach einer Podiumsbesetzung im Kaisersaal des Rathauses hielten die Atomkraftgegner eine kurze Ansprache. Sie erklärten, ein "Energienmix unter dem neuen Namen Energiekonsens" dürfe keine Atomkraftnutzung enthalten, und überreichten den Ministern Fischer und Schäfer jeweils eine Mausefalle, um sie an das "Unverantwortliche jedes Atomkraftwerksbetriebs" zu erinnern.

Zum Abschluß der Störaktion sangen die AtomkraftgegnerInnen den im Kaisersaal versammelten Energieexperten unter Saxophonbegleitung das Sandmännchenlied - allerdings mit dem Refrain "Schluß mit dem Atomprogramm".

Kontakt: 26.02.93 zwischen 13.00 und 15.00 Uhr unter Tel. 069-6701260